



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Wintersession:

Ausgaben wachsen erneut um 1 Milliarde

Thürnen, 21. Dezember 2017

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Die Wintersession war von der Budgetdebatte geprägt. Sage und schreibe 95 Minderheitsanträge reichten meine Kolleginnen und Kollegen ein – ein Rekord. Dabei ging es angesichts der Gesamtausgaben des Bundes von gut 71 Milliarden (71'000 Millionen!) um lediglich 460 Millionen Franken. Sparsbemühungen wurden von Partikularinteressen bekämpft. Von Sparen kann so oder so nicht die Rede sein: Die Budgetvorgaben des Bundesrates begrenzen bestenfalls das Ausgabenwachstum, dennoch wachsen die Ausgaben des Bundes jedes Jahr um eine Milliarde Franken.

Unheilige Allianz aus SVP und SP bleibt erfolglos

Dass sich eine unheilige Allianz zwischen SVP und SP für die AHV einsetzte, störte mich an und für sich nicht. Viel mehr störte mich, dass sich meine Kolleginnen und Kollegen nicht an getroffenen Abmachungen hielten. Denn zuvor hatte sich in den Kommissionen die bürgerliche Mehrheit dafür ausgesprochen, die nach der Ablehnung der Altersreform frei gewordenen 442 Millionen Franken zum Schuldenabbau zu nutzen und damit die Schuldenbremse im Gesamtbudget einzuhalten. Zum Glück ging das Kalkül der unheiligen Allianz nicht auf. Der Ständerat lehnte den Vorschlag der Einigungskonferenz ab, und die Schulden reduzieren sich um besagten Betrag.

Der AHV hätte dieser Zustupf nicht viel gebracht, er wäre einem Tropfen auf den heißen Stein gleichgekommen. Ausserdem waren wir nicht einverstanden, dass diese Einlage auch die Folgejahre betreffen würde. Ziel muss bleiben, unser wichtigstes Sozialwerk zügig zu reformieren und auf gesunde Füsse zu stellen.

Einfacher in die Selbstständigkeit

Wer über 50-jährig ist und arbeitslos wird, hat es oft schwer, eine Stelle zu finden. Ein möglicher Weg ist oft die Selbstständigkeit. Doch die Hürde, bei der AHV als Unternehmer anerkannt zu werden, ist oft kaum zu überwinden. Auch von der Mehrwertsteuer werden den Unternehmern Steine in den Weg gelegt. Das ist kontraproduktiv. Mit einer Motion möchte ich den Bundesrat dazu bewegen, diese Behördenpraxis zu korrigieren. Es braucht einfache und klare Kriterien, damit es leichter wird, ein Unternehmer zu werden. Die Bedingungen müssen gelockert werden,

dies umso mehr im heutigen Zeitalter der Digitalisierung wo es auch je länger je mehr, Plattformunternehmer geben wird – also Unternehmer, die über Internetplattformen von internationalen Firmen ihre Dienstleistungen offerieren.

Die Initiative unseres Bundesrats Johann Schneider-Amann, zum Beispiel Firmengründungen übers Internet zu ermöglichen (EasyGov) oder selbst Änderungen in Eintragungen vorzunehmen, geht leider nur teilweise in die richtige Richtung. Wenn schon zusätzliche Bundesstellen geschaffen werden, um Firmengründungen und dergleichen zu vereinfachen, dann soll dies auch spürbare Erleichterungen bringen, wie Senkung von Gebühren oder Vereinfachung von Gesetzen. In diesem Sinne fühle ich dem Bundesrat mit einer Interpellation auf den Zahn.

Verrechnungssteuer bleibt ein Ärgernis – Verbesserung in Sicht

Ausserdem habe ich im Zusammenhang mit der Gesetzesänderung der Verrechnungssteuer Art. 23 (Kreisschreiben 40) den Bundesrat auf die Dringlichkeit hingewiesen und weitere Informationen zum geplanten Vorgehen angefragt. Die Botschaft soll nun im ersten Quartal 2018 in die Räte zur Beratung geschickt werden. Diese Reform ist ein wichtiges Anliegen zu Gunsten aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche davon betroffen sind – und zeigt, dass wir Treuhandfirmen hier im Dienst der KMU sind und für Erleichterungen zu ihren Gunsten kämpfen. Die Vernehmlassungsvorlage des Bundes ging zu wenig weit. Wir haben hier noch weitergehende Forderungen und ich werde diese in der Beratung einfliessen lassen. Bei diesen wichtigen Anliegen der KMU arbeite ich als Vorstandsmitglied sehr gut mit dem sgV zusammen. Die Unterstützung und Zusammenarbeit ist vielversprechend und läuft aus meiner Sicht ausgezeichnet: Treuhänder und KMU gehen Hand in Hand.

Zu früh gefreut

Steter Tropfen höhlt den Stein. Seit zwei Jahren fordere ich die Aufstockung des Grenzwachtkorps, um professionellen internationalen Einbrechern Einhalt zu gebieten, die von der durchlässigen Landesgrenze profitieren. Zuerst schien es, als hätten die Räte ein Einsehen. Um immerhin um 30 – statt der geforderten 100 – Stellen hätte das Grenzwachtkorps aufgestockt werden sollen. Doch wir Grenzregionen haben uns zu früh gefreut. Die Einigungskonferenz der Finanzkommission strich den Posten aus dem Budget. Nur dank meinen Nachforschungen über diese Position bei meinen Fraktionskollegen, ist es uns gelungen gleichentags noch kurzfristig zu intervenieren. Gemeinsam haben wir es dann geschafft, dass die Standesinitiativen unseres Kantons und diejenige des Kantons St. Gallen noch einmal in den Räten traktandiert und darüber abgestimmt wird. Das war eine spontane und effiziente Zusammenarbeit betroffener Grenz Kantone – es lohnt sich hier wirklich am Ball zu bleiben!

2018 – für den Wirtschaftsstandort Region Basel

Auch das kommende Jahr verspricht intensive Politarbeit. Mit einer bürgerlichen Arbeitsgruppe arbeiten wir vorbereitend an der Steuervorlage 17. Ziel ist es, eine konsensfähige Lösung in den Räten verabschieden zu können – dies hoffentlich ohne Referendum und damit verbundenen Volksabstimmung. Die definitive Botschaft wird im Frühling in die ständerätliche Wirtschaftskommission WAK zur Behandlung übergeben. Es muss rasch gehen, denn Wirtschaft und auch Kantone brauchen so rasch als möglich Klarheit.

Auch bei der Behandlung des Finanzdienstleistungsgesetzes hat die FDP-Deputation gute Arbeit geleistet. Das Gesetz wurde gemeinsam mit den betroffenen Verbänden wesentlich gestrafft und vereinfacht. Mir waren die Anliegen der Inlandbanken und natürlich auch unserer Treuhandbranche sehr wichtig. Einmal mehr konnte ich vom soliden Netzwerk zu den entsprechenden Verbänden profitieren und einige Forderungen der Inlandbanken in dieses Gesetz hineinbringen. Die Vorlage liegt nun im Ständerat.

Ausserdem steht die Revision des öffentlichen Beschaffungsgesetzes an, es geht um eine Harmonisierung, Vereinfachung und möglichst viel Handlungsspielraum zu schaffen, damit auch für unsere KMU in der Schweiz eine gute Grundlage entsteht. Momentan ist unsere Wirtschaftskommission im Nationalrat «am Ball»: Fast 120 Anträge haben wir zu beraten, wir setzen alles daran, eine Überregulierung zu verhindern.

Es ist und bleibt spannend und ich bin hochmotiviert, auch 2018 einige Tore zu schiessen – für die Schweiz und das Baselbiet.

Ich wünsche Ihnen von Herzen frohe und erholsame Festtage im Kreise Ihrer Lieben. Vielen Dank für Ihr Vertrauen in meine Arbeit im Parlament und Ihre Unterstützung – alles Gute fürs kommende 2018!

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch